

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Frau Kühlen,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

wir haben lange hin und her überlegt wie wir unsere Haltung zum Haushaltsentwurf 2019 hübsch verpacken können und haben uns in diesem Jahr für die Geschichte von Hans-guck-in-die-Luft entschieden. Allerdings haben wir diese ein wenig kreativ angepasst, wir erzählen nunmehr die Geschichte von Michael-guck-in-die-Luft.

Wenn der Michael zum Rathaus ging, stets sein Blick am Himmel hing. Nach den Dächern, Wolken, Schwalben schaut er aufwärts, allenthalben. Vor die eigenen Füße dicht, ja, da sah der Bursche nicht, also dass ein jeder ruft: „Seht den Michael-guck-in-die Luft!“

In vielen Beratungen und Ausschusssitzungen werden konstruktive Hinweise oftmals abgewehrt und gerne öffentlich von unserem Bürgermeister nicht mit der ureigentlichen Absicht wiedergegeben, sondern irgendwie ist der „arme“ Bürgermeister Opfer, erstaunlicherweise immer dann, wenn er Mehrheitsentscheidungen nicht argumentativ herbeiführen konnte. Hier möchte ich nur noch mal an die leidige Diskussion rund um die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre für das Standesamt erinnern, wo letztendlich selbst Landrat Pusch dem Bürgermeister attestiert, dass er das Ganze in der eigenen Hand gehabt hätte, organisatorisch anders zu entscheiden und zu regeln. Zitat aus dem Schreiben des Landrates vom 29. Oktober 2018: „Die Organisationsgewalt umfasst demnach das dem Bürgermeister ausschließlich zustehende und unentziehbare Recht im Rahmen der aufgezeigten Grenzen (Stellenplan) sowohl die Gliederung der Verwaltung als auch über den Einsatz und die Geschäftsbereiche seiner Mitarbeiter entscheiden. Auch aus der umfassenden Organisations- und Weisungskompetenz ergibt sich, dass der Bürgermeister die Bediensteten der Gemeinde seinen Vorstellungen gemäß einsetzen kann. Es obliegt alleine dem Bürgermeister zu entscheiden, ob und wie eine freiwerdende Stelle im Rahmen der durch den Rat vorgegebenen Schranken aus dem Stellenplan wiederbesetzt wird. Dies beinhaltet auch die Versetzung oder Neuverteilung von Aufgaben.“ (Zitatende)

Das heißt nichts anderes als, dass der Bürgermeister jede Möglichkeiten hatte, organisatorisch tätig zu werden, um eine Lösung in Sachen Standesamt mit dem eigenen Personal zu erzielen.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, Herr Bürgermeister. Nicht stocken und stecken bleiben.

Die Geschichte endet mit: Einst ging er ans Ufers Rand mit der Mappe in der Hand. Nach dem blauen Himmel hoch, sah er wo die Schwalbe flog. Als dass er verstockt immer mehr zum Fluße trat. Und die Fischlein in der Reih´ sind erstaunt sehr, alle drei. Noch ein Schritt! Und plumps! Der Michael stürzt kopfüber ganz! Die drei Fischlein, sehr erschreckt, haben sich sogleich versteckt.

Doch zum Glück, da kommen zwei Frauen und ein Mann aus der Näh´ herbei, und die haben ihn mit Stöcken aus dem Wasser aufgefangen. Seht! Nun steht er triefend nass! Ei! Das ist ein schlechter Spaß! Wasser läuft dem armen Wicht aus den Haaren ins Gesicht, aus den Kleidern, von den Armen, und es friert ihn zum Erbarmen. Doch die Fischlein alle drei, schwimmen hurtig gleich herbei, strecken´s Köpflein aus der Flut, lachen, dass man´s hören tut, lachen fort noch lange Zeit, und die Mappe schwimmt schon weit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, wer von Ihnen in welcher Rolle in dieser Geschichte tätig ist, überlassen wir gerne ihrer Fantasie.

Für uns steht in dieser Geschichte die Mappe für den Haushalt 2019, denn dort sind viele Maßnahmen enthalten bzw. sollen Fakten geschaffen werden, mit der nicht nur der Bürgermeister sondern auch die Stadt baden gehen könnten, aber hoffentlich nicht werden.

Der Neigung der Verwaltungsspitze neue Leute ins Haus zu holen, halten wir insbesondere bei der Statusgruppe der Beamte für sehr bedenklich. Denn im Gegensatz zu den im Hause tätigen Tarifbeschäftigten, die ihre spätere Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten und somit für den Haushalt der Stadt Wegberg keine Folgekosten auslösen, sind die für pensionierte Beamten zu zahlenden Versorgungsbezüge ausschließlich steuerfinanziert. Wir schieben schon seit Jahren einen hohen Berg für zu bildende Rücklagen von Pensionskosten vor uns her, Stand 31.12.2017 in Höhe von 29.905.800,00 EUR (Antwort der Kämmerei). Nehmen wir einfach mal an: Wenn die jetzige Anzahl der 34 in der Stadt Wegberg beschäftigten Beamtinnen und Beamten nur mit der ihnen zustehenden Mindestversorgung berechnen werden würde, sind monatlich über 67.000 EUR zu kalkulieren, also jährlich über 805.000 EUR. Die Mindestversorgung erhalten Beamte bereits nach Vorliegen eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit sowie 5-jähriger-Dienstzeit. Die vorgenannten Summen erscheinen schon gewaltig, sind aber äußerst untertrieben. Hier möchte ich auf den Jahresabschluss 2017 verweisen, in dem eine Umbuchung für lediglich 3 Beamte (allerdings in Spitzenpositionen) in Höhe von über eine Million Euro von den Personalaufwendungen in die Versorgungsaufwendungen vorgenommen wurde. Dabei wollen wir weder die Kosten für Beihilfe noch für anschließende mögliche Witwengelder (60 % der Versorgungsbezüge) mit einbeziehen. Es ist schon erstaunlich, dass es Aussagen von der Verwaltungsseite gibt, dass bei Berechnungen ausschließlich ein Zeitraum von 10 Jahren für einen Statuswechsel betrachtet wird, dann ein Beamter dann kostengünstiger sei. Wir lernen doch nie aus, dieser bestechenden Verwaltungslogik konnten wir bis heute nicht folgen, da unser Vorausblick nicht nach 10 Jahren endet und nach unserem Empfinden auch nicht enden kann, das ist für uns zu kurz gedacht.

Wir halten wir es insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen auf den jetzigen und für künftige Haushalte für notwendig, die Anzahl der Beamten langsam, aber kontinuierlich und immer wenn möglich abzusenken. Obwohl ich selber Beamtin bin, möchte ich das Privileg dieser Statusgruppe offen und transparent darlegen, da dies immer Auswirkungen auf die öffentliche Hand hat. Für Wegberg heißt das, nur wenn ein Beamter das Haus verlässt, möchten wir diese Planstelle nicht zwingend mit einem Beamten von außerhalb nachbesetzen. Jedoch ist es uns nach wie vor außerordentlich wichtig, dass die bereits im Rathaus tätigen Beamtinnen und Beamten weiterhin alle Möglichkeiten haben, sich intern weiterzuentwickeln und weiterzukommen. Wir haben gutes Personal.

Zudem ist der Investitionsstau weiterhin gegeben, diesem hatten wir bereits die gelbe Karte gezeigt. Alleine der Fortbestand dessen ist für uns Grund genug jetzt die rote Karte zu ziehen. Denn ein jeder weiß, dass je länger ich mit Investitionen warte, desto höher ist die Gefahr, dass die ursprünglichen Kalkulationen und Kostenansätze aus dem Ruder laufen. Diese Erfahrung haben wir mit diversen Großprojekten gemacht und deren Folgen ausbaden müssen.

Für uns ist nicht zu erkennen, dass die von Vielen an die Verwaltungsspitze gegebenen Hinweise und konstruktive Vorschläge ernst und als solche wahrgenommen werden. Vorschläge werden nicht diskutiert, sondern nach unserer Wahrnehmung lieber torpediert, wenn diese nicht genehm und passend sind. Zudem sollen mit dem Haushalt 2019 auch Fakten geschaffen werden, wie die Nutzung der Mensa als Veranstaltungsstätte, obwohl noch keinerlei Diskussionen zu dem Thema im politischen Raum stattgefunden haben. Die Maßnahme finden wir im Haushalt 2019 eingestellt. Ein Schelm wer hierbei Böses denkt.

Der Haushaltsentwurf 2019 ist für uns keine schöne Bescherung, sondern eine Bescherung.

Liebe Frau Kühlen, Ihnen und Ihrem Fachbereich ist es erneut gelungen einen Haushalt aufzustellen, der zeitnah und nachvollziehbar aufgestellt worden ist. Das war im vergangenen Jahr alleine ein wesentlicher Grund, warum wir dem Haushalt 2018 zugestimmt haben. Das reicht aber nicht mehr für den Haushalt 2019.

Wir erwarten mehr, Herr Bürgermeister!

Wir erwarten, dass Sie, Herr Stock, Ihren Blick immer vor den eigenen Füßen haben, um die Bodenhaftung nicht zu verlieren. Dazu gehört für uns zwingend, nicht nur alle Aufgaben des Bürgermeisters ernst zu nehmen, sondern auch den Rat und seine Fachausschüsse mit seinen Aufgaben und Rechten.

Aus den vorgenannten Gründen lehnen wir den Haushalt 2019 ab.

Mit freundlichen Grüßen
Nicole von den Driesch

Es gilt das gesprochene Wort!!!